

# Einbürgerungen: Gemeinde soll das letzte Wort haben

**Motion** Alt-Bundesrichter Thomas Pfisterer sagt, der Vorstoss von Thomas Burgherr widerspreche der Bundesverfassung

VON MATHIAS KÜNG

Vor zwei Wochen hat die Aargauer Regierung entschieden, eine Pakistannerin, deren Gesuch in Erlinsbach von der Gemeindeversammlung viermal abgelehnt worden war, einzubürgern. Ausgelöst durch diesen Entscheid, wird SVP-Präsident Thomas Burgherr im Grossen Rat eine Motion einreichen. Er verlangt, dass das Gesetz künftig «der Gemeindeversammlung die letztinstanzliche Entscheidung über die Verleihung des Gemeindebürgerrechts garantiert». Die Gemeindeversammlung sei die konstituierende Gemeinschaft der Gemeinde. Burgherr sagt: «Es wirkt geradezu grotesk, wenn der Kanton eine Gemeinde zwingt, ihr Gemeindebürgerrecht einer Person zu verleihen, die der betroffenen Bevölkerung als zu wenig integriert erscheint.»

**Pfisterer: Verfassungswidrig**

Kopfschüttelnd reagiert der frühere Bundesrichter und Aargauer Ständerat Thomas Pfisterer: «Volk und Kantone haben 2008 mit fast 64 Prozent Nein die SVP-Initiative abgelehnt, die den Rechtsschutz beim Richter abschaffen wollte; der Aargau sagte sogar mit 68,5 Prozent Nein, also mit mehr als  $\frac{2}{3}$  der Stimmenden.» Ebenso habe der Grosse Rat 2013 mit 107 zu 5 Stimmen das aargauische Bürgerrechtsgesetz mit Rechtsschutz beschlossen, so Pfisterer, «und zugleich eingeführt, dass der Einbürgerungsentscheid an den Gemeinderat übertragen werden darf». Niemand habe dagegen ein Referendum ergriffen, auch die SVP nicht, obwohl sie dies schon im Grossen Rat allein hätte tun können. Pfisterer weiter: «Die Motion widerspricht der Bundesverfassung und dem neuen Bundesgesetz zum

**«Der Gemeindeversammlung soll die letztinstanzliche Entscheidung garantiert werden.»**

Thomas Burgherr Motionär

Bürgerrecht. Dieses legt die Begründungspflicht fest. Die SVP sagte dazu in Bern mit 57 zu 0 Stimmen Ja, die FDP mit 30 zu 0. Solche demokratischen Entscheide werden bei uns normalerweise akzeptiert, solange keine neuen Umstände aufgetreten sind. Das muss auch im Wahlkampf gelten.»

**Burgherr: Kantonale Lösung**

Thomas Burgherr hält Pfisterer entgegen, die Volksabstimmung von 2008 sei durch die Frage der Einbürgerung mittels Urnenabstimmungen ausgelöst worden: «Direktdemokratische Entscheidungen an Gemeindeversammlungen waren nicht der Auslöser und wurden weder vor noch nach der Abstimmung infrage gestellt.» Schliesslich, so Burgherr, hätte diese Initiative eine schweizweite Lösung ausgelöst. Sein Vorstoss fordere aber, «im Rahmen der kantonalen Autonomie eine Lösung zu finden». Im schlimmsten Fall brauche es eine Ständesinitiative oder einen Vorstoss in Bern, denn, so Burgherr: «In der Schweiz entscheidet noch die Politik über Recht und Gesetz, nicht Richter und auch nicht Beamte.» Zur Nachfrage der az, warum er den Volksentscheid von 2008 nicht akzeptiere, sagt er: «Diese Frage hier hat nichts mit jener Abstimmung zu tun.»

Bis 2013 seien im kantonalen Bürgerrecht Beschwerden gegen Entscheide der Gemeindeversammlung, des Einwohnerrates, des Grossen Rates oder der Einbürgerungskommission des Grossen Rates ausgeschlossen gewesen, so Burgherr weiter. Sein Vorstoss zielt jetzt direkt auf die Frage, «ob ein direktdemokratischer Entscheid einer Gemeindeversammlung durch einen reinen Büroakt über den Haufen geworfen werden darf».

**Auszeichnung**

## Aargauer Institution zählt zu den schweizweit besten Arbeitgebern


Aargauer Unternehmen sind bei ihren Mitarbeitenden beliebt: Die Soudronic aus Bergdietikon gewinnt den «Swiss Arbeitgeber Award» in der Kategorie «250 bis 1000 Mitarbeiter» (az vom 5. Oktober). Weit vorne im Ranking landete ein weiterer Betrieb: Die Stiftung Zeka (Zentren Körperbehinderte Aargau) erreicht den 4. Rang in der gleichen Kategorie; unter den sozialen Institutionen erzielte sie gar das schweizweit beste Ergebnis.

Insgesamt bewerteten über 27 000 Mitarbeitende ihren Arbeitgeber. 118 Unternehmen aus dem ganzen Land beteiligten sich - rund 40 davon in der Kategorie 250 bis 1000 Mitarbeitende. Der Award wird jährlich verliehen, Zeka

nimmt alle drei Jahre teil. Bei der letzten Mitarbeiterbefragung schnitt die Stiftung noch weniger gut ab: Rang 33. «Wir konnten die Zufriedenheit seither massiv steigern», sagt Stiftungsleiter Ueli Speich. «Das Ergebnis macht uns stolz. Unsere Anstrengungen zahlen sich aus.»

Seit der letzten Befragung habe man unter anderem die Führungsorganisation gestrafft und die Gesundheitsförderung der Mitarbeitenden verbessert. «Das ist gut angekommen.» Speich erhofft sich vom guten Resultat bessere Chancen bei der Suche nach geeigneten Arbeitskräften. «Wir sind auf hoch spezialisierte Mitarbeitende angewiesen, der Markt ist klein und die Suche dementsprechend schwierig.» (AZ)

INSERAT



**YVONNE FERI**  
Nationalrätin (bisher)  
Liste 2a  
Unsere Ständerätin.  
Pascale Bruderer Wyss



**LILIAN STUDER**  
Am 18. Oktober 2015  
in den Nationalrat  
www.lilianstuder.ch

## Adrian Meier

Der 25-jährige Versicherungsberater steht dem Wahlstab von Philipp Müller vor und wohnt wie dieser in Reinach. Für die FDP amtiert er als Grossrat und Kulmer Bezirksparceipräsident.

# Philipp Müller



in den Ständerat  
FDP

## Comeback im zweiten Wahlgang

zugelegt. Es sei wahrscheinlich, dass die Negativschlagzeilen nach Müllers Unfall für das Minus in der Wählergunst verantwortlich seien, sagt Politologe Thomas Milic gegenüber «20 Minuten». Die erste Welle der Online-Umfrage wurde am 8. und 9. September durchgeführt und umfasste 2100 Aargauer Stimmberechtigte, die zweite Welle fand am 1. und 2. Oktober statt, dort beteiligten sich rund 1200 Aargauer Stimmberechtigte.

Noch vor Müllers Unfall liess die Aargauer Zeitung eine repräsentative Telefon-Umfrage durchführen. Laut dem Institut Demoscope lag der FDP-Präsident damals mit 32 Prozent auf Rang 2, klar hinter SP-Ständerätin Pascale Bruderer (63,5 Prozent), aber deutlich vor SVP-Kandidat Hansjörg Knecht, der auf 23,8 Prozent Wähleranteil kam. Knapp dahinter lag Ruth Humbel (CVP) mit 22 Prozent.

Philipp Müller sagt auf Anfrage der az: «Ich habe nach dem Unfall mei-

nen Wahlkampf eingestellt, deshalb überrascht es mich nicht, dass mein Wähleranteil gesunken ist.» Bei der Umfrage zweifelt Müller zweierlei an: dass Hansjörg Knecht trotz grossem Aufwand im Wahlkampf nur drei Prozent zugelegt haben soll, und dass Ruth Humbel so deutlich abgeschlagen ist. Tatsächlich liegt Humbel in der Umfrage von «20 Minuten» klar zurück: Im September erreichte sie 16 Prozent, jetzt sind es nur noch 13.

**Kandidatenwechsel kein Thema**

Derweil kursieren Gerüchte, die FDP wolle im zweiten Wahlgang nicht mit Philipp Müller antreten, falls dieser im ersten Durchgang nicht mindestens auf Platz 2 liegt. In diesem Fall solle Müller durch Thierry Burkart ersetzt werden. Dieser hatte vor einem Jahr selber Ambitionen auf den Ständerat angemeldet. Nun sagt Burkart zu den Gerüchten: «Ich bin überzeugt, dass Philipp Müller als best

qualifizierter Kandidat ein sehr gutes Ergebnis erzielen wird. Insofern stellt sich diese Frage gar nicht.» Auch für Kantonalpräsident Matthias Jauslin steht ein Wechsel nicht zur Debatte. «Unser Ständeratskandidat heisst Philipp Müller, wir halten an ihm fest, auch wenn es zu einem zweiten Wahlgang kommen sollte.» Müllers grosse Qualitäten seien unbestritten, hält der FDP-Aargau-Präsident fest. Überdies seien Umfrage-Resultate immer relativ, gibt sich Jauslin gelassen: «Zuerst warten wir jetzt einmal den Wahlausgang am 18. Oktober ab, dann analysieren wir diesen und entscheiden über das weitere Vorgehen.»

Müller selber sagt: «Wenn wir uns entscheiden, im zweiten Wahlgang nochmals anzutreten, dann werde ich wieder voll in den Wahlkampf einsteigen. Es ist aus meiner Sicht nicht möglich, einen entscheidenden Wahlgang zu gewinnen, ohne persönlich präsent zu sein.»